

## **N I E D E R S C H R I F T**

**über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses Nr. IV/2003**

**Dienstag, 24.06.2003 um 15:00 Uhr**

**Ort: Volkshochschule, Wehringhauser Str. 38 (Villa Post)**

### **Anwesend waren:**

a) als stimmberechtigte Mitglieder:

Ratsmitglied Frau Wolff als Vorsitzende  
Herr Strüwer  
Frau Kurte  
Frau Jaeger  
Herr Finkensiep  
Frau Hirsch  
Herr Grevelhörster  
Herr Schledorn  
Herr Siegler  
Herr Haensel  
Herr Schütte

b) als beratende Mitglieder:

Herr Andree  
Herr Fischer  
Herr Halfter  
Herr Kruska  
Herr Ludwig  
Herr Schurgacz  
Herr Steuber  
Herr Levien  
Herr Kothe

c) als Schriftführerin

Frau Krause

## d) Hinzugezogen waren:

Dr. Bühler	Gesundheitsamt
Frau Gleim	Rechnungsprüfungsamt
Herr Schierau	Stadtkämmerei
Frau Ellinghaus	Stadtkämmerei
Herr Quitter	VB2/Konsolidierungsmanagement
Herr Schwerin	VB2/Konsolidierungsmanagement
Herr Goldbach	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Groening	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Sonnenberg	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Oestreicher	Fachbereich Jugend & Soziales
Frau Haack	Fachbereich Jugend & Soziales
Herr Kubitzek	Fachbereich Jugend & Soziales

## e) Mit Entschuldigung fehlten:

Herr Dücker  
Herr Röspel  
Herr Finck  
Herr Gebauer  
Herr Kirchhoff  
Frau Rupa  
Herr Helm  
Herr Heer  
Herr Dr. Schmidt  
Frau Burghardt

## Inhaltsverzeichnis

<b>TOP</b>	<b>Stichwort</b>	<b>Seite</b>
1.	Mitteilungen	4/5
2.	Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen	5-8
3.	Haushaltsplan 2003/2004	8-10
4.	Stellenplan 2003/2004 für den Fachbereich Jugend & Soziales	10
5.	Anfrage der SPD-Fraktion zur Satzungsänderung hier: Stellungnahme von 30	10/11
6.	Gesundheitsbericht Kinder und Jugendliche	11
7.	Elmar-Sportplatz Oberhagen (Bericht von 23)	11
8.	Jugendhilfeplanung Inobhutnahme: Bestandsbewertung	12
9.	Jugendhilfeplanung <u>Projekt 2: Qualitätsentwicklung Erziehungshilfe</u> hier: Kompetenzprofil der „Arbeitsgruppe Qualitätsdialog“ + Bausteine der „Allgemeinen Qualitätsentwicklungsvereinbarung“	12
10.	Verteilung der Landesjugendplanmittel „Offene Jugendarbeit“ für das Haushaltsjahr 2003	13
11.	Jugendeinrichtung in Haspe hier: Umstrukturierung und konzeptionale Fortentwicklung der Spiel- und Lernstube Preußerstraße sowie der „Kleinen offenen Tür“ Quambusch	13/14
12.	Kinderspielplatz Berchumer Straße	14
13.	Seminar JHA-Mitglieder	14
14.	Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gemäß § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates	15

Frau Wolff eröffnet die Sitzung um 15:05 Uhr und begrüßt ganz herzlich die erschienenen Zuhörer.

Sie entschuldigt die Abwesenheit des Dezernenten Dr. Schmidt, der wiederum terminlich verhindert ist. Außerdem fehlen entschuldigt Herr Dücker, Herr Finck, Herr Gebauer, Frau Rupa, Herr Heer, Herr Röspel und Herr Kirchhoff.

Herr Ludwig teilte im Namen der Fraktion "Die Grünen" mit, dass wegen der vorgezogenen Sitzung heute leider kein Vertreter der Fraktion an der Sitzung teilnehmen kann, was von Seiten der Fraktion außerordentlich bedauert wird.

Frau Wolff zieht den Tagesordnungspunkt 6 – Gesamtstädtisches Strategiekonzept –, das Einverständnis des Ausschusses voraussetzend, vor.

Herr Strüwer beantragt, einen weiteren Tagesordnungspunkt zu beraten, und zwar „Kinderspielplatz Berchumer Straße“. Diesem Antrag wird stattgegeben.

Frau Wolff teilt weiterhin mit, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 10 heute nicht beraten werden können, da es noch keine Vorlagen dazu gibt.

Herr Steuber erklärt dies mit technischen Schwierigkeiten bei der Fertigstellung des Geschäftsberichtes und der Berichte der freien Träger.

## 1. Mitteilungen

Herr Steuber informiert darüber, dass das Hochbauamt im Kindergarten Wehringhausen in den Sommerferien 2003 die Sanierung der schadstoffbelasteten Holzdecken durchführen wird. Es werde einen weiteren Bericht geben, wenn die Umbaumaßnahmen abgeschlossen seien.

Weiterhin gebe es seit einigen Tagen Richtlinien über eine neue Kampagne gegen Jugendarbeitslosigkeit. Das Bundeskabinett habe beschlossen, für 100.000 junge Menschen ein neues Förderprogramm aufzulegen, bei dem u.a. gemeinsame Anlaufstellen der Arbeits- und der Sozialverwaltung geschaffen werden sollen. Daneben sollen über Pauschalförderung Förderqualifikationen von jungen Menschen geschaffen werden, um ihnen den Einstieg in das Berufsleben zu ermöglichen. Hierfür stünden bundesweit 300.000.000 € zur Verfügung.

Sobald die Vergabekriterien bekannt gemacht würden, werde der Ausschuss entsprechend informiert.

Herr Goldbach berichtet, dass die Spiel- und Lernstube Loxbaum in der Boeler Strasse 180 ihre Arbeit inzwischen wieder aufgenommen habe.

Weiterhin berichtet er, dass der Oberbürgermeister am 02.06.03 zu einer Arbeitsmarktkonferenz eingeladen habe.

Frau Wolff weist auf die Bedeutsamkeit dieses Termins hin.

Herr Fischer weist auf eine Veranstaltung des Jugendringes und der RAA hin. Es handelt sich um eine Fachtagung mit dem Thema: „Sinnhaftigkeit von Aktionen gegen Rechts“.

Er findet es demotivierend, dass trotz der vielfältigen Projekte gegen Rechtsextremismus Rechte legal aufmarschieren dürfen und junge Leute dazu bringen, es ihnen gleichzutun. Der Jugendhilfeausschuss solle sich auch mit dieser Problematik beschäftigen.

In diesem Zusammenhang berichtet Herr Fischer von einer Volksinitiative im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, die auf Landesebene starten soll. Diese hat zum Inhalt, im Landesjugendplan die Bereiche der §§ 11 bis 13 KJHG als rechtsverbindlich zu gewährleisten. Der Landtag soll sich mit dieser Thematik beschäftigen.

Für diese Initiative werden landesweit 3000 Unterschriften benötigt und er bittet die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses, sich mit ihrer Unterschrift an dem Vorhaben zu beteiligen.

Die Vorsitzende schlägt Herrn Fischer vor, einen entsprechenden Appell zu formulieren und diesen unter dem Tagesordnungspunkt – Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses – erneut aufzugreifen. Herr Fischer ist damit einverstanden.

Herr Grevelhörster stellt eine Broschüre des Bundesministeriums mit dem Titel „Fördern und Fordern“ vor, die er den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses bei Interesse an die Hand geben möchte.

## **1. Gesamtstädtisches Strategiekonzept zur langfristigen Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen**

Bevor Herr Quitter die Vorlage kurz erläutert, weist Frau Wolff darauf hin, dass der Beschlussvorschlag zu dieser Vorlage aus zwei Teilen besteht.

Herr Quitter führt aus, dass die Stadt Hagen sich aufgrund der desolaten Haushaltssituation als Ziel gesetzt habe, bis 2008 ein Einsparvolumen in Höhe von 60 Millionen Euro durch verschiedene Maßnahmen zu erreichen.

Die Vorlage unterteile sich in zwei Bereiche. Sie habe zum einen das Ziel einer rechtzeitigen Information und Annäherung der Politik. Dem anschließen solle sich eine ausführliche Diskussion der Maßnahmen, die umgesetzt werden sollen. Zu jede dieser Maßnahmen werde es Einzelvorlagen geben. Er bittet, die Vorlage in der heutigen Sitzung als erste Information zu betrachten.

Herr Strüwer bekräftigt die Aussage von Herrn Quitter, dass die Verschuldung der Stadt immens ist und es sicherlich in allen Bereichen zu erheblichen Einsparungen kommen wird.

Positiv wertet er, dass hier quer Beet durch sämtliche Verwaltungsbereiche Konsolidierungsziele benannt worden sind. Hier werde sich der Bereich der Kinder- und Jugendarbeit nicht aussparen können. Die Einsparungen dienen nicht zuletzt der Sicherung von Arbeitsplätzen und dem Ziel der Wiedererlangung der Handlungsfähigkeit der Stadt Hagen.

Herr Schledorn erinnert daran, dass seit 1981 in der Stadt Hagen Haushaltskonsolidierung betrieben werde. Die Sparnotwendigkeit zum jetzigen Zeitpunkt sei ganz klar vorhanden. Er habe jedoch erhebliche Probleme damit, die Spiegelstriche in der Vorlage ohne fachliche Diskussion zu beschließen.

Herr Fischer möchte an die Verwaltung appellieren, beim Sparen im Blick zu halten, was in den verschiedenen Bereichen geleistet wird und kein Rasenmäherprinzip anzuwenden.

Die Möglichkeit sollte gegeben sein, in unterschiedlichen Bereichen unterschiedlich vorzugehen.

Er nimmt Bezug auf die abgeschlossenen Budgetverträge, die er als sinnvoll und erfolgreich bewertet. Es wurden letztlich keine Kürzungen im praktischen Bereich umgesetzt. Trotzdem trugen sie zur Haushaltskonsolidierung bei, ohne dass sich dies bei den Kindern und Jugendlichen spürbar bemerkbar machte. Herr Fischer bittet eindringlich, die Verlässlichkeit, die durch die Existenz der Budgetverträge gegeben ist, zu erhalten.

Herr Strüwer nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Schledorn und stimmt diesen inhaltlich zu. Es sei unmöglich, die Konsolidierungsvorschläge in der Vorlage innerhalb einer kurzen Diskussion auch nur annähernd zu hinterfragen oder auch nur andeutungsweise fachlich zu begründen. Er stellt den Antrag, nicht in der vorgeschlagenen Form zu agieren, sondern dieses Papier insgesamt zu beschließen.

Die Vorsitzende wendet sich heftig gegen diesen Antrag, da es ureigenste Aufgabe des Jugendhilfeausschusses ist, sich mit den Einsparvorschlägen und deren Auswirkungen zu befassen, wie auch die Jugendverbände in ihrem Anschreiben an sie gebeten haben.

Gleichwohl schlägt sie vor, die folgenden Wortmeldungen zu hören, bevor sie über den Antrag von Herrn Strüwer abstimmen lässt.

Herr Siegler bittet, sich auf die fachliche Diskussion, über das, was hier vorliegt, zu beschränken. Er übt Kritik an der Tatsache, wie wenig Zeit dem Jugendhilfeausschuss als Teil des Jugendamtes für die Beratung und Beschlussfassung der aufgeführten Stichworte des Kataloges zugestanden wird. Er hätte es für notwendig erachtet, dass der Ausschuss und die Betroffenen selbst schon viel früher in den Prozess eingebunden gewesen wären. Er hält es für unredlich, so zu tun, als wenn diese Beschlussvorlage ein reiner Auswahlkatalog für die Diskussion der kommenden Jahre wäre. Sollte der Ausschuss den Beschlussvorschlag so beschließen, heißt das seiner Meinung nach, dass dem vorliegenden Katalog so zugestimmt würde und nichts mehr daran zu ändern wäre. Er könne sich daher lediglich vorstellen, den ersten Beschlussvorschlag ohne das Wort „zustimmend“ zu beschließen.

Weiterhin möchte Herr Siegler wissen, wer die Vorschlagsmöglichkeit für dieses Konzept hatte und wer eigentlich innerhalb dieses Konzeptes bestimmt, wo die Arbeit noch Sinn macht oder wo sie anhand dieser Kürzungsvorschläge sinnlos wird. Dann sollte man auch so ehrlich sein und Arbeitsgebiete ganz aufgeben.

Abschließend führt Herr Siegler aus, dass vor der Entscheidung über andere Organisationsformen zunächst über Inhalt und Ziel der Arbeit nachgedacht werden sollte.

Der Wortbeitrag von Herrn Siegler wird von den Ausschussmitgliedern mit Beifall gewürdigt.

Herr Schledorn möchte noch einmal verdeutlichen, dass er sich nicht gegen Sparmaßnahmen ausgesprochen hat, sondern die Notwendigkeit der fachlichen Beratung in den Vordergrund rücken sollte.

Frau Hirsch nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Strüwer. Sie ist der Meinung, dass es sich bei dem vorliegenden Vorschlag sehr wohl um den Beschluss konkreter Maßnahmen handelt und nicht, wie von Herrn Strüwer ausgeführt, um eine Auswahl möglicher Maßnahmen.

Auch Herr Kruska betont, dass er den Antrag von Herrn Strüwer nicht unterstützen kann, sondern den Antrag von Herrn Siegler favorisieren würde.

Herr Strüwer möchte nochmals seinen Standpunkt verdeutlichen. Es gehe doch darum, heute mit der vorgelegten Vorlage einen Beschluss zu fassen. Das bedeute doch nicht, dass all diese 128 Einzelpunkte so umgesetzt würden. Diese müssten fachlich noch hinterlegt werden und dann zur Diskussion und zur Beschlussfassung in die jeweiligen Fachgremien wieder hineingetragen werden.

Herr Quitter bedauert, dass es ihm nicht gelungen sei, das Verfahren deutlich zu machen. Es handele sich um einen mehrjährigen Prozess. Die Verwaltung werde mit Einzelvorlagen auf den Ausschuss zukommen. Dann hätte dieser die Möglichkeit, darüber zu entscheiden.

Herr Schütte merkt an, dass er nach den Ausführungen von Herrn Quitter den zweiten Beschlussvorschlag nun gar nicht mehr verstehen könne. Er bittet um Erläuterung, was dieser Beschlussvorschlag denn nun eigentlich heißen solle.

Herr Quitter erläutert, dass nach Beschlussfassung der Vorlage durch den Rat im Juli der Auftrag an die Verwaltung ergehen wird, die konkreten Maßnahmen per Vorlage für die politischen Entscheidungsträger vorzubereiten, damit diese in den Diskussionsprozess ausreichend eingebunden werden. Parallel dazu wird es so sein, dass die beschlossenen Maßnahmen in das Haushaltssicherungskonzept eingestellt werden. Sollten einzelne Maßnahmen so nicht beschlossen werden, erwarte die Verwaltung alternative Vorschläge, da das Einsparziel irgendwie erreicht werden müsse.

Herr Steuber weist darauf hin, dass der vom Ausschuss gerügte Zeitdruck durch die strategische Zielvorgabe des Rates entstanden sei, sich in einem sehr ehrgeizigen Zeitablauf mit diesen Themen weiter zu beschäftigen. Die Verwaltung habe etwas mehr als eine Woche Zeit gehabt, entsprechende Vorschläge zu finden. Die jetzt noch grob skizzierten Bereiche müssten dann der Politik im Sinne einer intensiven aufbereiteten qualifizierten Entscheidungsvorlage mit allen Rahmenbedingungen und Auswirkungen dargestellt werden.

Dann könne in Ruhe mit aller Fachlichkeit in den nächsten Jahren darüber beschlossen werden. Man habe damit Zeit bis zum Jahre 2007. Es bestehe kein Ergebnisdruck für das Jahr 2003.

Inzwischen lägen weitere Konsolidierungsvorschläge vor, die jedoch noch nicht in die Vorlage eingearbeitet worden seien. Dabei sei positiv hervorzuheben, dass innerhalb des Kontraktes, der im Bereich offene Kinder- und Jugendarbeit geschlossen wurde, 165.000 Euro eingespart werden sollen.

Abschließend berichtet Herr Steuber darüber, dass es in der Zwischenzeit auch Informationsgespräche mit den Mitarbeitern gegeben habe, die im Wesentlichen betroffen sein könnten.

Nach einer kurzen inhaltlichen Diskussion der betroffenen Punkte erteilt Frau Wolff das Wort an Frau Paukstadt. Diese ist Leiterin einer Kinder- und Tageseinrichtung und spricht stellvertretend für die anwesenden Erzieher/innen.

Der Inhalt des Vortrages von Frau Paukstadt ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Nachdem der von Herrn Strüwer ursprünglich gestellte Antrag von diesem zurückgezogen wurde, wird unter der Mitwirkung von Herrn Schierau von den Ausschussmitgliedern gemeinsam folgender Beschlussvorschlag entwickelt:

1. **Der Jugendhilfeausschuss nimmt das gesamtstädtische Strategiekonzept zur Wiederherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit zur Kenntnis.**
2. **Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, Maßnahmen zur Entscheidung zu unterbreiten, um das mögliche Konsolidierungsziel erreichen zu können.**

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig -**

### **3. Haushaltsplan 2003/2004**

Herr Schierau weist darauf hin, dass sich die Verwaltung entschieden hat, dem Rat am 17. Juli lediglich die Haushaltssatzung 2003 zur Beschlussfassung vorzulegen. Der Haushaltsplan 2004 soll in einer Sondersitzung des Rates im September ganz neu eingebracht und auf den formalen Weg gebracht werden. Dessen Beratung im Jugendhilfeausschuss stehe dann im Herbst an. Gegebenenfalls könnten dann schon erste Konsolidierungsmaßnahmen diskutiert werden.

In der heutigen Sitzung stehe daher nur der Haushaltsplan 2003 zur Beschlussfassung an.

Es folgt die Einzelberatung des Haushaltsplanentwurfes in der Fassung der den Mitgliedern vorliegenden Änderungsliste.

#### **a) Verwaltungshaushalt**

Die Beratung erfolgt nach folgenden Unterabschnitten:

UA 2010, 4070, 4320, 4510, 4520, 4530, 4540, 4550, 4560, 4570, 4600, 4640, 4650, 4680, 4810 und 4910.

UA 4070 – Jugendamt –

HHST. 4070 400 00006 – Personalausgaben –

Auf Bitte von Herrn Strüwer erläutert Herr Goldbach den Rückgang der Personalausgaben ausgehend vom Rechnungsergebnis 2002 mit der teilweisen Auslagerung in den UA 4510.

UA 4550 – Hilfe zur Erziehung –

HHST 4550 772 00809 – Erziehung Tagesgruppe –

Eine Frage von Herrn Kruska zur neuen Ansatzhöhe laut Änderungsliste begründet Herr Oestreicher mit der Einrichtung einer zusätzlichen Tagesgruppe und aktueller Kostenanpassung. Herr Kothe geht auf die inhaltlichen Aspekte näher ein.

UA 4600 – Einrichtungen der Jugendarbeit –

HHST. 4600 570 0150x – JZ Hohenlimburg –

Auf Bitte von Herrn Strüwer erklärt Herr Goldbach den Rückgang der Betriebskosten im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2002 mit der Anpassung der Betriebskosten für alle Jugendeinrichtungen.

UA 4650 – Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen –

HHST. 4650 574 00204 – Substitution (DB) –

Aufgrund einer Frage von Herrn Strüwer erläutert Herr Oestreicher, dass die Krankenhilfekosten bis zu drei Monate versetzt abgerechnet werden und daher keine deckungsgleiche Darstellung der jährlichen Kosten möglich ist.

UA 4810 – Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) –

HHST. 4810 243 00004 – Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete (§ 7 UVG) –

Auf Bitte von Herrn Strüwer begründet Herr Oestreicher den Rückgang der Einnahmen im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2002 mit einer vom Rechnungsprüfungsamt geforderten Darstellungsweise. Bei dem Rechnungsergebnis 2002 handelt es sich um eine Sollzahl und nicht um die tatsächlichen Einnahmen.

Herr Schierau regt an, die Darstellungsweise zukünftig zu ändern.

Zum Verwaltungshaushalt erfolgt abschließend folgender Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Verwaltungshaushalt in der Fassung der vorgelegten Änderungsliste zu.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig beschlossen –**

## **b) Vermögenshaushalt**

Die Beratung erfolgt nach folgenden Unterabschnitten:

UA 4070, 4320, 4600, 4640, 4650, 4660, 4680, 6150 und 7610.

UA 4600 – Einrichtungen der Jugendarbeit –

HHST. 4600 988 10100 – Bildungs-/ Arbeitsmittel für Jugendarbeit –

Herr Fischer fordert erneut einen Ansatz von 10.000 EURO bei dieser Position. Herr Siegler stellt hierzu den erforderlichen Antrag. Zu den haushaltsrechtlichen Fragen nimmt Herr Schierau Stellung. Nach einer kurzen Diskussion, an der sich die Herren Fischer, Siegler, Goldbach und Strüwer beteiligen, einigt man sich auf folgenden Empfehlungsbeschluss für den Rat der Stadt Hagen:

**Im Haushalt 2003 ist bei der Haushaltsstelle 4600 988 10100 ein Ansatz von 10.000 EURO vorzusehen. Außerdem wird die Verwaltung gebeten, für den Haushaltsplan 2004 einen Ansatz in gleicher Höhe einzustellen.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig beschlossen –**

Zum Vermögenshaushalt erfolgt abschließend folgender Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Vermögenshaushalt in der Fassung der vorgelegten Änderungsliste und des gefassten Beschlusses zu.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig beschlossen –**

#### **c) Investitionsprogramm**

Der Ausschuss fasst folgenden Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem Investitionsprogramm zu.**

Abschließend lässt die Vorsitzende über den gesamten Haushalt abstimmen. Es ergeht folgender Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss stimmt dem gesamten Haushalt in der Fassung der vorgelegten Änderungsliste zu.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig beschlossen –**

#### **4. Stellenplan 2003/2004 für den Fachbereich Jugend & Soziales**

Herr Strüwer bittet um Erläuterung zu den auf Seite 40 aufgeführten Freistellungen der Leiterinnen der Kindertageseinrichtungen. Dazu führt Frau Sonnenberg aus, dass ab 100 Kindern pro Einrichtung die Freistellung der Leitung erfolgen muss. Im Übrigen habe man darauf 3 Jahre warten müssen.

Auf die Frage von Herrn Strüwer nach der auf Seite 41 aufgeführten Assistenzkraft definiert Herr Steuber die Qualifikation dieser Kraft vergleichbar mit einer Sachbearbeiterin im mittleren Dienst.

Frau Wolff lässt abschließend über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Die Vorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig beschlossen –**

#### **5. Anfrage der SPD-Fraktion zur Satzungsänderung hier: Stellungnahme von 30**

Frau Schwanke als zuständige Kinder- und Jugendbeauftragte stellt die beiden jungen Kollegen vor, die zukünftig als Vertreter der Hagener Jugendparlamente an den Sitzungen des Jugendhilfeausschusses als sachkundige Einwohner teilnehmen sollen und berichtet über die Arbeit der eingerichteten Arbeitsgruppe.

In diesem Zusammenhang schlägt Frau Wolff vor, zukünftig einen festen Tagesordnungspunkt „Anliegen der Jugendräte“ einzurichten.

Herr Steuber zitiert den in dieser Angelegenheit seinerzeit gefassten Beschluss und zeigt unter Berufung auf die vorliegende Stellungnahme des Rechtsamtes auf, unter welchen rechtlichen Möglichkeiten der Antrag der SPD-Fraktion umzusetzen ist.

Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss und dem Rat, die Satzung des Jugendamtes bezüglich § 4 Abs. 5 S. 1 dahingehend durch entsprechenden Beschluss zu ändern, dass die Formulierung „volljährige sachkundige Einwohner“ durch die Formulierung „sachkundige Einwohner, die das 16. Lebensjahr vollendet haben“ ersetzt wird.**

**Ferner ist dem § 4 Abs. 3 anzufügen:**

**„j) 2 Vertreter/Vertreterinnen der Hagener Jugendparlamente, die im jährlichen Wechsel nach den Sommerferien von der Zusammenkunft der Hagener Jugendparlamente zu benennen sind.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig –**

## **6. Gesundheitsbericht Kinder und Jugendliche**

Die Vorsitzende begrüßt die zu diesem Tagesordnungspunkt erschienen Vertreterinnen des Gesundheitsamtes Frau Dr. Bühler und Frau Rodney.

Frau Dr. Bühler nimmt Bezug auf den vorliegenden Gesundheitsbericht und verweist insbesondere auf die unter Punkt 8 angesprochenen schulärztlichen Empfehlungen. Die dort genannten Zahlen hätten eine steigende Tendenz. Daraus ergebe sich die dringende Notwendigkeit, im Vorschulbereich Fördermaßnahmen anzubieten.

Anschließend berichtet Frau Rodney aus ihrem Tätigkeitsfeld als Familienhebamme und beantwortet zusammen mit Frau Dr. Bühler Fragen der Ausschussmitglieder, die sich aus dem Vortrag ergeben.

## **7. Elmar- Sportplatz Oberhagen ( Bericht von 23 )**

Herr Schurgacz berichtet, dass das Gespräch zwischen dem Liegenschaftsamt und ihm inzwischen stattgefunden habe. Man sei so verblieben, dass der Sportplatz zunächst noch bis zur Änderung des Flächennutzungsplanes weiter genutzt werden könne. Die Stadt habe ihm den Entwurf eines Nutzungsvertrages vorgelegt, den er an die Kirchengemeinde weiterleiten werde. Die Stadt übernehme wie bisher die Pflege, Unterhaltung und Verkehrssicherungspflicht des Sportplatzes. Es sei der Stadt nicht gelungen, ein entsprechendes Grundstück im Austausch anzubieten.

## **8. Jugendhilfeplanung**

### **Inobhutnahme: Bestandsbewertung**

Herr Steuber erläutert die Bedeutung des Bausteins „Inobhutnahme“ und geht kurz auf die Inhalte der Vorlage ein.

Herr Strüwer möchte wissen, ob es auch eine Statistik gebe, die Auskunft darüber gebe, wieviel Hager Kinder außerhalb von Hagen Inobhut genommen würden. Wenn möglich, bittet er um Angabe entsprechender Zahlen.

Es ergeht folgender Beschluss:

- 1. Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Bestandsbewertung zum Arbeitsfeld Inobhutnahme zur Kenntnis und beauftragt den Fachbereich Jugend und Soziales, auf dieser Grundlage gemeinsam mit den freien Trägern auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaft gemäß § 78 KJHG konkrete Maßnahmenvorschläge zur bedarfsorientierten Weiterentwicklung der Inobhutnahme in Hagen zu erarbeiten.**
- 2. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt den Fachbereich, über diese konkreten Maßnahmenvorschläge zu berichten.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig –**

## **9. Jugendhilfeplanung**

### **Projekt 2: Qualitätsentwicklung Erziehungshilfe** **hier: Kompetenzprofil der “Arbeitsgruppe Qualitätsdialog“ + Bausteine der “Allgem. Qualitätsentwicklungsvereinbarung“**

Herr Kubitzek erläutert kurz die Inhalte der Vorlage.

Herr Haensel befürchtet in diesem Zusammenhang, dass Produkte entwickelt werden, die nicht finanzierbar seien. Er wünscht sich ein offenes Wort darüber, dass quantitativ immer weniger möglich sei. Ein gewisser Qualitätsstandard müsse jedoch erhalten bleiben.

Herr Strüwer lässt über folgenden Beschlussvorschlag abstimmen:

**Der Jugendhilfeausschuss beschließt das aus dem anliegenden Bericht ersichtliche Kompetenzprofil der trägerübergreifenden “Arbeitsgruppe Qualitätsdialog“ und die Bausteine der “Allgemeinen Qualitätsentwicklungsvereinbarung“.**

**Abstimmungsergebnis: – einstimmig –**

## **10. Verteilung der Landesjugendplanmittel “Offene Jugendarbeit“ für das Haushaltsjahr 2003**

Herr Fischer weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Schwerpunktförderung für kommunale Projekte in diesem Jahr weggefallen ist. Die freien Träger seien teilweise noch in der Lage, ihre Projekte aus der Schwerpunktförderung fortzusetzen. Insofern sei die vorgestellte Initiative sinnvoll, Schwerpunktaufgaben und die offene Kinder- und Jugendarbeit insgesamt abzusichern und abzudecken.

Es ergeht folgender Beschluss:

**Der Jugendhilfeausschuss stimmt der in der AG 1 abgestimmten Verteilung der Landesjugendplanmittel “Offene Jugendarbeit“ für das Haushaltsjahr 2003 zu.**

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig –**

## **11. Jugendeinrichtungen in Haspe**

**hier: Umstrukturierung und konzeptionelle Fortentwicklung der Spiel- und Lernstube Preußerstraße sowie der “Kleinen offenen Tür“ Quambusch**

Herr Strüwer stellt auch im Namen seiner Fraktion fest, dass die Verlagerung der einen Stelle in das Jugendzentrum Quambusch unterstützt wird.

Den zweiten Teil des Beschlussvorschlages, in dem der Aufgabenschwerpunkt der zweiten Stelle an die Hauptschule Ernst Eversbusch angebunden werden soll, hält er für bedenkenswert, aber in der heutigen Sitzung nicht für beschlussreif.

Herr Fischer unterstützt den Vorschlag von Herrn Strüwer und schlägt vor, den zweiten Punkt in der Arbeitsgemeinschaft zu beraten.

Herrn Goldbach liegt es am Herzen, den gedanklichen Hintergrund zu erläutern.

Es sei nicht geplant, die Stelle an die Schule zu verlagern. Das Projekt sei als Idee in der Arbeitsgemeinschaft vorgestellt worden. Er halte dies für eine sinnvolle Alternative für den Arbeitseinsatz in der Preußerstraße.

Herr Steuber hält das Konzept für ein innovatives Modellprojekt.

Nach kurzer Diskussion einigt man sich auf folgenden Beschlussvorschlag:

- 1. Entsprechend der Empfehlungen der Jugendhilfeplanung wird eine Planstelle von der Spiel- und Lernstube Preußerstraße zur “Kleinen offenen Tür“ Quambusch verlagert. Diese Stelle wird mit dem Schwerpunkt “Kinderarbeit und Kooperation und Verzahnung mit der benachbarten Friedrich-Harkort-Grundschule“ versehen.**

- 2. Die bisherigen Räumlichkeiten für die Arbeit der Spiel- und Lernstube Preußerstraße werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt abgemietet. Der bisherige Aufgabenschwerpunkt wird – vorbehaltlich der Zustimmung der AG 1 – mit der bisherigen Planstelle direkt an und in Kooperation mit der Hauptschule Ernst Eversbusch in Haspe fortgesetzt. Eine prozesshafte Fortschreibung des Konzeptes erfolgt in enger Abstimmung zwischen Fachbereich, Schulaufsicht und Schule.**

**Abstimmungsergebnis: - einstimmig –**

## **12. Kinderspielplatz Berchumer Straße**

Herr Strüwer führt zu diesem Tagesordnungspunkt aus, dass der Kinderspielplatz Berchumer Strasse aus Mitteln der Entwicklung „Industriegebiet Halden“ finanziert werden könne und von daher keine finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt mit sich bringe.

Es sei geplant gewesen, die Vorlage zu diesem Punkt in der heutigen Sitzung zu beraten und dann zur Beschlussfassung an die BV Hohenlimburg weiterzugeben.

Da die Folgekosten des Spielplatzes noch strittig waren, wurde die Vorlage von Frau Grehling nicht unterschrieben. Inzwischen liege jedoch ein Einigungsvorschlag auf dem Tisch. Aus diesem Grunde sollte die Vorlage neu geschrieben werden. Eigentlich hätte sie in der heutigen Sitzung vorliegen sollen, da die nächste Sitzung des Jugendhilfeausschusses erst im Oktober stattfindet und es für eine Ausschreibung bis dahin zu spät sei.

Herr Schledorn weist darauf hin, dass die Gemeindeordnung für solche Fälle das Instrument des Dringlichkeitsbeschlusses vorsieht.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, dass dies der beste Weg sei und man so verfahren solle.

Aufgrund von Termindruck von Frau Haack schiebt die Vorsitzende eine Terminvereinbarung zwischen die Tagesordnungspunkte.

Man verständigt sich darauf, dass die nächste Unterausschusssitzung „Jugendhilfeplanung“ am 16.07.2003 um 16:00 Uhr stattfinden soll.

## **13. Seminar JHA-Mitglieder**

Herr Schledorn schlägt als Seminarvorschlag eine Fortbildung für die Beteiligung des Jugendhilfeausschusses am Flächennutzungsplan vor.

**14. Anfragen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses gem. § 6 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Rates**

Herr Fischer ist der Bitte der Vorsitzenden nachgekommen, einen entsprechenden Appell (siehe Punkt Mitteilungen) zu formulieren:

**Der Jugendhilfeausschuss unterstützt die Arbeit des lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie – gegen Gewalt und Rechtsextremismus und bittet die Politik daran zu arbeiten, wie Aufmärsche von Neonazis in unseren Städten angesichts unserer Geschichte verhindert werden können.**

Ende der Sitzung um 19:00 Uhr

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende

\_\_\_\_\_  
Schriftführerin

\_\_\_\_\_  
Fachbereichsleiter